

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 01 / 2019

PARTEILEBEN

Renate Schmidt feiert 75. Geburtstag

Die SPD gratuliert

Seite 3

PARTEILEBEN

SPD Nürnberg zeichnet verdiente Genossen aus

Käte-Strobel-Medaille verliehen

Seite 4

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort

Liebe Leserinnen
und Leser,



Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür sein, ob wir die großen Aufgaben unserer Zeit gemeinsam anpacken – und bewältigen. Ob wir der europäischen Idee neuen Schub geben. Oder ob der Weg zurück führt in nationalstaatliches Klein-Klein – und wir die Weltpolitik der anderen nur an der Seitenlinie kommentieren und erdulden. Um nichts weniger geht es bei der Europawahl, die so wichtig wird wie schon lange keine mehr.

Und als SPD sind wir klar: Wir wollen nicht zurück. Wir wollen auch nicht - wie die Konservativen - stehen bleiben, sondern vorankommen. Die europäische Politik wird von den Menschen daran gemessen, was sie für die Zukunft anzubieten hat und was sie durchsetzt.

Auf der Europadelegiertenkonferenz haben wir im Dezember Katarina Barley und Udo Bullman zu unseren SPD-Spitzenkandidaten gewählt. Beide stehen für ein soziales Europas ein, in dem Solidarität groß geschrieben wird. Jetzt gilt es gemeinsam für Europa die Werbetrommel zu rühren und für ein starkes SPD-Ergebnis bei der Wahl am 26. Mai zu werben.

Euer

Thorsten Brehm

Nürnberger Ehrenamtspreis der SPD geht an „Pulse of Europe“

Im Dezember 2018 wurde der Initiative der
14. Nürnberger Ehrenamtspreis verliehen.



Fotos: R. Lüster

AUS DEM UNTERBEZIRKSVORSTAND

Einmal mehr standen die Jurymitglieder vor einer schwierigen Entscheidung: beinahe 20 Vorschläge lagen vor ihnen auf dem Tisch. 20 Vorschläge, die für das vielfältige ehrenamtliche Engagement in unserer Stadtgesellschaft stehen. 20 Einzelpersonen, Vereine und Initiativen, die sich im sozialen oder kulturellen Bereich, im Engagement für junge oder ältere Menschen oder bei Aktivitäten für die Umwelt mit Zeit, Kraft und Geld einbringen.

Und so würdigten Staatsminister a.D. Günter Glöser, SPD-Parteivorsitzender

Thorsten Brehm und der Festredner Prof. Dr. Thomas Beyer (Vorsitzender der AWO Bayern) neben den Preisträgerinnen und Preisträgern auch die besonderen Verdienste aller 19 vorgeschlagenen Personen / Initiativen sowie aller ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger. Letztendlich entschied sich die Jury, zum Auftakt des Europawahljahres, ein Signal auszusenden und vergab den Ehrenamtspreis der SPD Nürnberg an „Pulse of Europe“.

Pulse of Europe leistet als Gruppe mit regelmäßigen Kundgebungen, Initiativen und Aktionen einen wesentlichen Beitrag: Sie erinnern uns daran,

dass wir auch in Zukunft ein vereintes, demokratisches Europa brauchen. Mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz hat es Pulse of Europe Nürnberg geschafft, dies wieder ins Bewusstsein der Menschen vor Ort zu rücken und hat damit



den erstarkenden rechtspopulistischen Kräften etwas sehr Positives entgegengesetzt. Unter dem Motto „Zeit für einen europäischen Aufbruch!“ hat Pulse of Europe zehn Thesen aufgestellt, darunter „Europa darf nicht scheitern“,

„wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung verbinden“, „Vielfalt und Gemeinsames leben“ und „europäische Identität stärken“.

„Pulse of Europe war und ist ein Weckruf!“, stellte Laudator Günter Gloser in seiner Ansprache fest „Pulse of Europe, reiht sich nicht ein in ein modisches ‚Politik-Bashing‘, sondern unterstreicht die Verantwortung auch der Zivilgesellschaft, des eigenen Handelns. Dieses eigene Handeln, dieses aktive Handeln als Bürger oder Bürgerin, stellt die In-



itiative unter Beweis – ehrenamtlich. Auch ein Signal, was Einzelne oder in der Gruppe zu leisten vermögen.“

Die Nürnberger SPD ehrt Pulse of Europe für ihr Engagement in unserer Stadt, für ihre zahlreichen Initiativen und das Werben für ein Europa, in dem die Achtung der Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt Grundlagen unseres Gemeinwesens sind. Dabei vergisst Pulse of Europe nicht, dass Nürnberg jahrelang symbolisch für die Reichsparteitage und Zivilisationsbrüche wie die Rassegesetze stand.

So freut Günter Gloser sich, dass Pulse of Europe, gemeinsam mit vielen Kooperationspartnern wie dem Staatstheater, ein positives und pro-europäisches Bild von Nürnberg zeichnet als Stadt auf dem Weg zu Europas Kulturhauptstadt 2025, „die ihre Geschichte nicht leugnet, aber kraftvoll sich der Zukunft stellt. Eine Zukunft, welche ihr mit dem europäischen Projekt eröffnet wurde.“

Links: <https://pulseofeurope.eu/poe-staedte/deutschland/nuernberg/>
<https://www.flickr.com/photos/spd-nuernberg/sets/72157702856246951> ■

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Unterbezirk Nürnberg

**am Montag, den 28. Januar 2019 um 18.30 Uhr
im Südstadtforum, Nürnberg, Siebenkeesstraße 4, Café**

Vorschlag der Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Totenehrung
3. Konstituierung
- Beschlussfassung über die Tagesordnung und die Geschäftsordnung
- Wahl der Versammlungsleitung; Wahl der Zählkommission
4. Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden
5. Aussprache zu dem Bericht und Entlastung des Vorstandes
6. Wahlen zum Vorstand
 - a) der Vorsitzenden b) der stellvertretenden Vorsitzenden
 - c) der Schriftführerin d) der Beisitzerinnen
7. Wahl von a) drei beratenden Mitgliedern zum Parteiausschuss
b) einer Vertreterin in den Unterbezirk der Nürnberg SPD
8. Personenvorschlag der AsF als Beisitzerin für den UB-Vorstand
9. Delegiertenwahl
10. Antragsberatung
11. Ausblick und Schlusswort der gewählten Vorsitzenden

Kinderbetreuung wird bei Bedarf angeboten – bitte eine Woche vorher anmelden bei: Cornelia Spachtholz – Mobil: 0178-5141638

Renate Schmidt wird 75: „Authentisch und sympathisch“

Die Nürnberger Sozialdemokratie gratuliert der Jubilarin

VON THORSTEN BREHM

Die „Grande Dame“ der Nürnberger SPD feierte am 12. Dezember ihren 75. Geburtstag. „Wir gratulieren Renate Schmidt herzlich zu ihrem Geburtstag und bedanken uns für ihr großes



Eines der prominentesten Gesichter der bayerischen Sozialdemokratie: Renate Schmidt wird 75.

Engagement für die Sozialdemokratie und ihre Heimatstadt Nürnberg“, würdigt Nürnbergs SPD-Vorsitzender Thorsten Brehm die Jubilarin. „Renate Schmidt vermag es noch heute wortmächtig ganze Säle mitzureißen. Sie kommt auf den Punkt und spricht eine Sprache, die alle verstehen. Sie ist authentisch und sympathisch – und das kommt bei den Leuten an.“ Renate Schmidt begann ihre berufliche Laufbahn 1961 als Programmie-

rerin und Systemanalytikerin bei der Firma Quelle, in deren Betriebsrat sie später gewählt wurde. Erst 1980 stieg sie in die Berufspolitik ein und wurde in den Deutschen Bundestag gewählt. „Ihr Weg dorthin war eher steinig – umso bemerkenswerter ist ihre Kar-

riere“, meint Brehm und unterstreicht ihre vielfältigen Verdienste. In der Bundespolitik aber ragt zweifelsohne ihr Einsatz für Kinder, Familien und die Geschlechtergerechtigkeit hervor.“

So engagierte sie sich als Familienministerin für eine nachhaltige Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Verbesserungen der Betreuungsinfrastruktur. Sie

initiierte das Tagesbetreuungsgesetz, das 230.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren entstehen ließ. Zudem setzte sie durch, dass vor allem Familien mit prekärem Einkommen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien finanzielle Verbesserungen erfuhren.

Die gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklung in Nürnberg lag Renate Schmidt stets am Herzen. Sie setzte sich für vermeintlich kleine Themen ebenso ein wie für große. So geht etwa die Entwicklung des Aktiv-Spielplatzes in Zabo auf ihre Initiative zurück. Ihr verdankt die Stadt wertvolle Impulse für das Bündnis für Familien und das Bündnis gegen Depression. Mit der Gründung des Kulturforums Franken bereicherte sie auch das Kulturleben. Sie warb in Bund und Land im Rahmen geschichtlicher Aufarbeitung erfolgreich mit um die Anerkennung der NS-Bauten am ehemaligen Reichsparteitagsgelände als nationales Erbe.

Bei den Landtagswahlen 1994 und 1998 war sie jeweils Spitzenkandidatin der SPD für das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Mit der SPD errang sie damals 30 beziehungsweise 28,7 Prozent.

Renate Schmidt ist seit 1972 Mitglied der SPD, war von 1980 bis 1994 und 2005 bis 2009 Mitglied des Bundestags, in dem sie von Dezember 1990 bis Oktober 1994 auch als Vizepräsidentin amtierte. Von 1994 bis 2000 war sie Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und von Oktober 2002 bis November 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2014 wurde sie zudem Ehrenbürgerin der Stadt Nürnberg. ■

Käte-Strobel-Medaille zum zweiten Mal verliehen

SPD Nürnberg ehrt Lia Sommer und Uwe Haas für ihr Engagement

VON THORSTEN BREHM

Mit der Käte-Strobel-Medaille erinnert die SPD Nürnberg nicht nur an eine ihrer verdientesten Genossinnen überhaupt, sondern würdigt jedes Jahr eine Genossin und einen

wir die Geehrten des Jahres 2018 vor: Lia Sommer und Uwe Haas.

Lia Sommer

Für welche Farbe Lia steht, sieht man ihr unverkennbar an. Und sie macht auch an keiner Stelle einen Hehl da-

lem aber hat sie sich wie keine Zweite im Ehrenamt stark gemacht. Sie hat sich schon damals für die ältere Generation eingesetzt – nicht nur, aber hier doch sehr erfolgreich. Als sie anfang, gab es nicht so viele Angebote für diese Altersklasse. Weder an Treffpunkten noch an stationären Altenhilfeangeboten. Viele waren allein, einsam und ohne Unterstützung. Und ihr Ansporn war, das zu ändern. Sie hat zum Beispiel mit einer Vereinsgründung in der Gartenstadt dazu beigetragen, dass dort 1981 eine Seniorenbegegnungsstätte aufgebaut wurde.

Und so ist sie heute noch auf Achse, organisiert die vielen Treffen, Filmnachmittage und Ausflüge und ist einfach da. In ihren Runden hatte sie auch immer Gäste aus dem jüdischen Adolf-Hamburger-Heim zu Gast. Und es sind genau diese kleinen Gesten, die in einer Zeit wachsenden Antisemitismus so wichtig sind. Sie wollte immer, dass die Generationen zusammen kommen. So hat sie immer auch Seniorinnen und Senioren dazu bewegt, sich zu engagieren und „Lesomas“ im Kindergarten zu werden.

Das war und ist alles Engagement außerhalb der SPD, aber jeder wusste und weiß, wo die Lia politisch zuhause ist. Dass da eine von der SPD ist, die sich um die Alltagsorgen und Nöte der Menschen kümmert. Sie war Mitglied im Fraktions- und Parteivorstand in unterschiedlichen Funktionen, dazu sieben Jahre in der Patientenvertretung am Klinikum und vieles mehr.

Uwe Haas

In der Partei werden häufig die Persönlichkeiten und Prominenten ausgezeichnet, die man in den Wahlkampfzeiten auf den großen



Stv. Vorsitzende Gabriela Heinrich, Preisträgerin Lia Sommer, Vorsitzender Thorsten Brehm

Genossen für ihre Verdienste um die Partei. Die einzige Voraussetzung: Ehrenamtliches Engagement!

Die beiden diesjährigen Preisträger stehen wieder beispielhaft für jahrzehntelangen Einsatz und unzählige Stunden an tatkräftiger Unterstützung für die Sozialdemokratie in Nürnberg; auch wenn sie gleichermaßen unterschiedlicher nicht sein könnten. In dieser Ausgabe stellen

raus, was sie ist, nämlich überzeugte Sozialdemokratin. In der Gartenstadt gibt es wohl nur eine Person, die noch bekannter als Käte Strobel ist, und die heißt Lia Sommer.

Lia ist seit 1965 SPD-Mitglied, war von 1975 bis 1996 Mitglied des Nürnberger Stadtrats und hat in dieser Zeit viel bewirkt und mit Käte Strobel zusammengearbeitet, die 1972 Fraktionsvorsitzende wurde. Vor al-

Plakatständern sieht. Das sind die Köpfe, die jeder kennt. Wer diese Dreiecksständer immer aufstellt und repariert, fragt selten jemand. Das war vor allen Dingen Uwe Haas. Mit der Käte-Strobel-Medaille soll nun auch sein Einsatz gewürdigt werden.

Uwe ist Parteimitglied seit 1968, feiert also in diesem Jahr sein 50. Jubiläum. Schon seit den 70er Jahren engagiert er sich tatkräftig für die SPD Nürnberg.

Er hat die Vorsitzenden Willy Pröfl, Horst Schmidtbauer, Günter Gloser, Christian Vogel und Thorsten Brehm alle erlebt, ganze Generationen von Geschäftsführern - namentlich Karl Stapfer, Hans Makilla, Olaf Schreglmann, Rüdiger Löster und Michael Arnold.

Uwe ist derjenige in der Partei, der immer da ist, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes etwas anzupacken gilt. Er hat nicht nur im Wahlkampf die Lager in der Kongresshalle betreut, hat sich bei Wind und Wetter um die Dreiecksständer gekümmert, den Bus durch die Gegend gefahren, hat bei Parteitagen mit Technik, Auf- und Abbau geholfen und sich um die Infostände gekümmert. Arbeiten, um die sich die meisten eher drücken würden. Er hat früher auch noch im Karl-Bröger-Haus Flugblätter gedruckt, z.B. den „SPD-Blitz“ zu wichtigen Entscheidungen im Bund. Da hat er Nachtschichten eingelegt, damit die AfA morgens um 6 Uhr was zum Verteilen vor den Betrieben hatte.

Lia Sommer und Uwe Haas haben sich in ganz besonderer Weise um die Nürnberger Sozialdemokratie verdient gemacht und sind mit ihrem Engagement für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingestanden. Herzlichen Glückwunsch für die Auszeichnung! ■



Thorsten Brehm mit Preisträger Uwe Haas

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

**am Donnerstag, den 31.01.2019 von 19.00 bis 20.30 Uhr
im Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg, Karl-Bröger-Str. 9,
Raum W. Riepekohl, Nahe Hauptbahnhof**

Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßungen und Beschlussfassung über die Tagesordnung
2. Kurzer Rückblick. Vorschau Europa- und Stadtratswahlen
3. Konstituierung: Wahlen der Versammlungsleitung und der Wahl der Zählkommission
4. Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden und der Vorstandsmitglieder
5. Aussprache zu dem Bericht und Entlastung des Vorstandes
6. Wahlen zum Vorstand:
 - a. der/des Vorsitzenden
 - b. der/des stellvertretenden Vorsitzenden
 - c. der/des Schriftführers und
 - d. der Beisitzer/Innen
7. Wahlen von
 - a. drei beratenden Mitgliedern zum Parteiausschuss
 - b. eines/einer Vertreter/In in den Unterbezirk der Nürnberg SPD
8. Personalvorschläge
 - a. AfA-VertreterIn für den UB-Vorstand Nürnberg
 - b. Beratendes JHV-Mitglied
 - c. VertreterIn im AfA-Bezirks- und im Landesvorstand für Nürnberg
9. Anträge zur JHV der SPD Nürnberg
10. Verschiedenes

UN-Migrationspakt birgt Chance einer Triple-Win-Situation: Herkunfts- und Zielländer sowie Migrantinnen und Migranten können profitieren

Interview mit Migrationsforscherin Prof. Dr. Petra Bendel

Beim „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ der Vereinten Nationen, kurz UN-Migrationspakt, handelt es sich um eine internationale Vereinbarung, deren Text im Juli 2018 beschlossen wurde. Warum brauchen wir ihn und was soll er regeln?

Der Globale Pakt für Migration ist ein Kooperationsrahmen für internationale Zusammenarbeit, der rechtlich nicht bindend ist. Er schafft ein globales Regelwerk zur Migration, in dem die unterschiedlichen Interessen von Herkunfts-, Transit- und Aufnahmestaaten zusammenkommen – bei der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen („Wanderarbeiterkonvention“ von 1990, in Kraft 2003), war dies nicht gelungen. Er ist somit als diplomatischer Erfolg anzusehen. Denn einzelne Staaten können ein per definitionem grenzüberschreitendes Phänomen nicht allein regeln. Inhaltlich regelt der Pakt:

- den Schutz der Lebens- und Arbeitsbedingungen;
- die Bekämpfung von Menschenhandel,
- die Bekämpfung von Ausbeutung und Diskriminierung der Migrantinnen und Migranten,
- die Bekämpfung negativer Migrationsursachen,
- die Sicherung von Grenzen und den Austausch von Daten und Information.

Viele sprechen beim UN-Migrationspakt, der sich explizit der „regulären Migration“ widmet, auch von der Rolle Geflüchteter. Wer sind eigentlich die Hauptadressaten?

Der globale Migrationspakt widmet sich sämtlichen Formen der Migration, unterscheidet aber durchaus zwischen Personen, die ein Recht auf

Asyl- oder Flüchtlingsstatus haben und solchen, die aus anderen Gründen wandern.

Speziell zur Regelung der Fluchtmigration gibt es einen parallel verhandelten Pakt, den Global Compact for Refugees. Er wird vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ausgearbeitet und eine Woche später, am 17. Dezember, unterzeichnet. Darin geht es insbesondere um Situationen hohen Flüchtlingsaufkommens, für die eine internationale Verantwortungsteilung zwischen den Erstzufluchtstaaten und den Ländern des Nordens ausgehandelt wird. Auch in diesem Pakt geht es also um eine bessere Lastenteilung und keinesfalls um „mehr Flüchtlingszuwanderung“.

Wie verbindlich ist der Pakt? Welche Druckmittel können für seine Durchsetzung eingesetzt werden?

Der Globale Pakt für Migration ist völkerrechtlich nicht verbindlich, sondern er ist ein Rahmen, innerhalb dessen sich die Staaten auf bereits vorhandene Rechte – wie etwa die Menschenrechte – berufen und diese zur Grundlage ihres Handelns erklären. Sanktionen sind nicht vorgesehen, sondern vielmehr Unterstützungs- und Überprüfungsmechanismen: Indem die Staaten finanzielle Unterstützung sowie Unterstützung durch Know How, etwa beim Aufbau von Verwaltungen zur Migrationssteuerung in Aussicht stellen, setzen sie positive Anreize zur Erfüllung dieser Aufgaben.

Zugleich wollen sie einen noch näher festzulegenden Überprüfungsmechanismus schaffen, mittels dessen über regelmäßige Berichte gute Praxisbeispiele gefördert werden können und Anreize geschaffen werden, um den Pakt mit weiteren Inhalten zu füllen.

Kritiker sehen auch Risiken im UN-Migrationspakt. Im Netz warnt zum Beispiel die Seite „Migrationspakt Stoppen“ vor weitreichenden Konsequenzen: „Unsere Demokratie ist in Gefahr. Unsere Identität ist in Gefahr. Unsere Souveränität ist in Gefahr.“ Was ist da dran?

Sogleich in der Präambel bekräftigt der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration ausdrücklich das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen, sowie ihr Vorrecht, die Migration innerhalb ihres Hoheitsbereichs in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht selbst zu regeln. Innerhalb ihres Hoheitsbereichs dürfen die Staaten zwischen regulärem und irregulärem Migrationsstatus unterscheiden, einschließlich bei der Festlegung ihrer gesetzgeberischen und politischen Maßnahmen zur Umsetzung des Globalen Paktes. Von einer Einschränkung der Souveränität kann also keine Rede sein.

Mit dem Migrationspakt konnte ein Konsens zwischen Herkunftsländern, Transitstaaten und Aufnahmestaaten erzielt werden. Welche Chancen liegen darin?

Da der Pakt die Interessen von Herkunfts- wie von Zielländern berücksichtigt und die Rechte von Migrantinnen und Migranten unterstreicht, birgt er die Chance einer Triple-Win-Situation. Für die Herkunftsländer betont er die Notwendigkeit, negative Migrationsursachen zu minimieren, aber sie auch bei der Reintegration rückkehrender Migranten zu unterstützen. Für die Transit- und Aufnahmestaaten fördert er Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt, und den Migrantinnen und Migranten selbst will er den Zugang zu grundle-

genden Dienstleistungen, Informationen und Rechten erleichtern.

Das Datum für die Abstimmung über den Migrationspakt ist wohl kein Zufall: gerade am 10. und 11. Dezember 2018 – dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – wurde er in Marokko angenommen. Wie ist der Pakt aus menschenrechtlicher Perspektive zu bewerten?

In vielen Fällen bestärkt der Pakt bei uns bereits vorhandene Normen und Rechte - die Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Er fordert aber deren Einhaltung von allen ein und macht sie zur Grundlage der Kooperation. Es ist also im Sinne aller Beteiligten, wenn sich möglichst viele Staaten zu dieser Grundlage bekennen. Denn dann gibt es weniger Sogwirkung hin zu den Staaten, die diese Rechte gewährleisten.

Welche konkreten Auswirkungen wird der Migrationspakt in Deutschland und Europa haben?

Das hängt ganz davon ab, was wir daraus machen. Bisher ist er nicht mehr als ein politischer Rahmen, der die bei uns bereits geltenden Recht noch einmal politisch bekräftigt. Deutschland und Europa können aber Gesetze oder auch Programme entwickeln, die einzelne Aspekte fördern und die Kooperation vor allem mit den Herkunfts- und Transitstaaten verbessern. Darin liegt die große Chance, künftigen negativen Migrationsbewegungen vorzubauen, die Erstaufnahmestaaten beim Aufbau vernünftiger Aufnahmesysteme zu unterstützen und schließlich hier vor Ort die Integrationsbedingungen zu verbessern. ■



Zur Person: Petra Bendel ist Professorin für Politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt Migration und Integration an der FAU Erlangen-Nürnberg, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Stellvertretende Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sowie Mitglied in verschiedenen politikberatenden Expertengruppen, z.B.

bis 2018 Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Integration in Bayern fördern und Richtung geben“.

Nürnberg

SPD

Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches
und gesundes Jahr 2019





RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 170

JANUAR 2019

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

nach langem, zähen Ringen fanden am 19. Februar 1919 die ersten Wahlen für alle statt. Die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung war die erste, an der Frauen als Wählerinnen und Gewählte teilnahmen. Im gleichen Jahr zogen das erste Mal auch Stadträtinnen ins Rathaus ein – immerhin sechs an der Zahl, darunter zum Beispiel die bekannte Sozialdemokratin Anna Schwarm.

Heute, 100 Jahre später, mag man sich auch als Mann kaum mehr ausmalen, wie öde und einseitig reine Männerunden waren und wären. Deswegen kümmern sich in der jetzigen SPD-Fraktion nun 19 Frauen und 12 Män-

ner gemeinsam und die Themen, die Nürnberg bewegen und die wir Ihnen mit dieser Depesche in Auszügen präsentieren.

Freilich ist auch 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Gleichstellungsfragen noch nicht alles gut. Auch daran werden wir als SPD arbeiten.

Wir wünschen Ihnen ein gesundes neues Jahr 2019!

Thorsten Brehm
stv. Fraktionsvorsitzender



AUSWEITUNG KOMMUNALER VERKEHRSÜBERWACHUNG FÜR MEHR VERKEHRSSICHERHEIT

Die Bilanz der gemeinsamen Schwerpunktaktion „Falschparken kostet Leben!“ von Polizei und der Kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ) im Herbst letzten Jahres mit 1.125 Verwarnungen, davon 43 Parkverstöße in Feuerwehranfahrtszonen, hat nochmals deutlich den Handlungsdruck im Bereich des Falschparkens aufgezeigt. Das ist aber nicht die nachdenklich stimmende Bilanz eines Monats sondern die von lediglich drei Tagen!

Wenn Rettungsfahrzeuge immer häufiger Schwierigkeiten haben, überhaupt noch zum Einsatzort durchzukommen, ist das nicht hinnehmbar. Hier geht es im Zweifel um Menschenleben. Aber auch sonst nehmen wir leider wahr, dass die Verkehrssicherheit, gerade auch für Fußgänger und Radfahrer, durch das Falschparken leidet.

Wir befürworten deshalb eine weitere Ausweitung der Kommunalen Verkehrsüberwachung. Darauf drängt die SPD bereits seit 2015. Ein erster Schritt hierfür wurde im Verkehrsausschuss im November fraktionsübergreifend beschlossen.

Zukünftig wird die KVÜ auch in einem Teil von Ziegelstein, in Langwasser-Nord, Doos, Eberhardshof und Schweinau kontrollieren. In einem gemeinsamen Antrag fordern SPD und CSU die stufenweise Ausdehnung der Zuständigkeit der KVÜ im Stadtgebiet. Allein mit einer räumlichen Ausweitung wird es aber nicht getan sein.

Die Personalausstattung muss auch so bemessen sein, dass Schwerpunktaktionen wie zum Beispiel bei zugeparkten Radwegen oder an abgesenkten Bordsteinen möglich sind. Das ist für Familien mit Kindern oder Rollstuhlfahrern wichtig.

Eine räumliche Ausweitung darf deshalb nicht zulasten der Qualität an anderen Stellen gehen. Auch die Polizei bleibt weiterhin gefordert. Die KVÜ entlastet die Polizei in den Gebieten, in denen sie tätig wird.

Im Gegenzug erwarten wir, dass die Polizei die freiwerdenden Ressourcen weiterhin für eigenständige Kontrollen einsetzt. Die gilt vor allem zu Zeiten und in den Gegenden, in denen die KVÜ nicht zuständig ist. Gerade bei Parkverstößen, die die Verkehrssicherheit gefährden, sehen wir die Polizei noch stärker gefragt. Nur sie darf das Abschleppen eines Fahrzeuges anordnen. Wir würden uns wünschen, dass Sicherheitsaspekte stärker gewichtet werden und die Polizei auch einmal durchgreift.

Weitere Informationen: Thorsten Brehm und Yasemin Yilmaz; spd@stadt.nuernberg.de



DER ADN KÜMMERT SICH UM SAUBERKEIT UND ORDNUNG

Seit Dezember 2018 ist der Außendienst der Stadt Nürnberg (ADN) nun auf der Straße im Einsatz. Er hat die Aufgabe, für mehr Sauberkeit und Ordnung in den Stadtteilen zu sorgen. Der ADN, das sind derzeit 9, ab April 2019 12 städtische Angestellte in blauer Uniform, die zwar den Polizisten teilweise ähnlichsehen, aber keine Polizisten sind. Auch keine „Hilfs-Polizisten“, wie Bürgermeister Christian Vogel betont, denn Strafrecht sei Polizeihochheit. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und Präsenz zu zeigen: „Sie sollen informieren und ansprechen, wenn jemand etwas macht, das nicht in Ordnung ist“, sagt Vogel

Zur eigenen Sicherheit tragen die kommunalen Angestellten, darunter derzeit eine Frau, stichsichere Westen und Handschuhe, sind mit Pfefferspray ausgerüstet und haben via Handy einen kurzen Draht zur Polizei. Sie sind gut ausgebildet, geübt in Selbstverteidigung und haben ein Deeskalationstraining absolviert. Auf ihren täglichen Rundgängen von aktuell 12 bis 21 Uhr sollen sie Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die beispielsweise Müll liegen lassen, das Geschäft ihres Hundes nicht entsorgen, Tauben füttern, herumlärmern

oder in der Fußgängerzone Rad fahren. Die Einsatzzeiten werden sich zukünftig den Jahreszeiten anpassen.

Zuerst einmal gehen die Einsatzkräfte in der Altstadt, auf der Wöhrder



Der „Außendienst“ ist bereits in der Altstadt, auf der Wöhrder Wiese, Hallerwiese und in der Rosenau unterwegs, ab April im ganzen Stadtgebiet. (Foto: Stadt Nürnberg)

Wiese, Hallerwiese und in der Rosenau auf Tour. Ab Januar sind sie dann innerhalb des mittleren Rings und ab April in der ganzen Stadt unterwegs – meist als Duo. Dabei dürfen sie die Identität von Personen feststellen und bis zu 55 Euro teure Verwarnun-

gen aussprechen. Politisch haben wir nun einen wichtigen Schritt erreicht. Jetzt wird es darum gehen, die Tätigkeiten des ADN in den nächsten Monaten bei den aktuellen Gegebenheiten zu bewerten und dann

anzupassen. Falls es erforderlich sein sollte, besteht für das Jahr 2020 die Option, das Außendienst-Team um bis zu 10 weitere Stellen aufzustocken.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröhl-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de



SPD FORDERT REDUZIERUNG DER NACHTFLÜGE

Der Flughafen Nürnberg ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung für die ganze Region. Geschäfts- und Urlaubsreisenden aus Nürnberg und dem Umland bietet er attraktive Verbindungen in die wichtigen Wirtschafts- und Tourismuszentren.

Der Flugverkehr bringt selbstredend auch Belastungen für die nahegelegenen Dörfer und Stadtteile mit sich.

Gerade der Lärm in den Nachtstunden ist ein sensibles Thema.

Ziel der SPD ist es, diesen so gut es geht zu reduzieren - und folglich auch die Zahl der entsprechenden Nachtflüge, gerade die mit lauten Maschinen. Die Nachtflüge haben nach unseren Informationen im Jahr 2018 spürbar zugenommen, weshalb es vermehrt zu Beschwerden kam.

Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, über die Entwicklung bei den Nachtflügen zu berichten und zusammen mit dem Flughafen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Nachtflüge zu reduzieren. Insbesondere in der besonders sensiblen Zeit von Mitternacht bis 5.00 Uhr soll die Nachtruhe besser geschützt werden.

Weitere Informationen: Thorsten Brehm, Dr. Ulrich Blaschke; spd@stadt.nuernberg.de



DAS WAR DIE SPD-RATHAUS-TOUR 2018

Mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen. Das war und ist das Ziel der Rathaus-Tour der SPD-Stadtratsfraktion. Fünf Mal sind die Stadträtinnen und Stadträte der SPD deshalb in die Stadtteile ausgeschwärmt und haben die jeweiligen Viertel zum Stadtgespräch gemacht: in Nord- und Südstadt, in Laufamholz, Langwasser und Gebersdorf.

1. Station: Nordstadt, Kobergerplatz. Viele besuchten am Rand des freitäglichen Wochenmarkts unseren mobilen Kaffee- und Infostand und suchten das Gespräch. Bei einer Tasse Kaffee lässt es sich eben leichter loswerden, was am eigenen Stadtteil stört oder besser laufen kann. Da häufig das Fehlen einer Toilette



am Kobergerplatz kritisiert wurde, stellte die SPD-Fraktion einen Antrag, die Aktion „nette Toilette“ auf den Koberger Platz auszudehnen. Leider ergab die Prüfung der Verwaltung, dass die Voraussetzungen für die „nette Toilette“ nicht vorliegen.

Klaus Billmeyer vom „Straßenkreuzer – Das Sozialmagazin“ war jahrelang als Obdachloser unterwegs und wünscht sich eine Politik gegen Wohnungsleerstand sowie bessere Notschlafstellen und Obdachlosenheimen. Beim Straßenkreuzer-Stadtrundgang „Schicht-Wechsel“ führte er kenntnisreich durch die Südstadt zu „Lilith“ und „pro familia“. Letztere macht Ehe- und Familien- bis hin zur Schwangerenkonflikt-Beratung,

gibt aber auch Verhütungsmittel an Menschen mit wenig Einkommen



aus. Lilith e.V. ist als Einrichtung der Drogenhilfe auf Bedürfnisse von drogenabhängigen Frauen und deren Kinder spezialisiert.

Positives brachte SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Anja Pröiß-Kammerer zur Ortsbegehung in Laufamholz mit: So hatte die Stadt endlich ein Grundstück fürs neue Feuerwehrgerätehaus gefunden. Und sie hatte das Gasthaus-Krone-Areal für die dringliche Schulerweiterung gekauft. Mitgenommen hat die Rathaus-SPD Beschwerden in Sachen Schultoiletten. Mitgebracht hat sie gute

Nachrichten für den umgebauten und 2016 neu eröffneten städtischen Hort in der Laufamholzstraße 351: So wurde endlich – nach einer Gesetzesänderung – die SPD-Forderung nach Tempo 30 vor Kitas umgesetzt. Auf Antrag der Laufamholzer SPD-Stadträtin Claudia Karambatsos soll zusätzlich ein gelb blinkendes Signal an der Ampel vor dem Hort abbiegende Autos auf gleichzeitig querende Kinder und Fußgänger aufmerksam machen.

In Langwasser besuchten die Rätinnen und -Räte die Anlaufstelle für Vertriebene und Aussiedler, das Haus der Heimat. Um künftig an dem Ort

der Begegnung und des kulturellen Austausches noch mehr Vereinen ein Zuhause zu bieten, wird es vergrößert. Danach, im Kinder- und Jugendhaus geiza, wünschten sich Jugendliche eine Aufwertung ihres Bolzplatzes. Schließlich stellten wbg-Angestellte das Neubauprojekt an der Neusalzer Straße vor, wo bald bezahlbarer Wohnraum mit viel Grün entsteht.

Auf der SPD-Veranstaltung zur Entwicklung in Gebersdorf stellte Baureferent Daniel Ulrich rund 50 Interessierten im Bürgertreff den U-Bahn-Bau und andere Stadtentwicklungsprojekte vor. Schon heuer beginnen Vorarbeiten, damit die erste U-Bahn 2025 fahren kann. Auch eine Park-and-ride-Anlage mit 400 bis 1.000 Stellplätzen kommt. Die Bebauung des ehemaligen Kohlenlagers an der Diebacher Straße wird mit etwa 250 Wohneinheiten parallel zur U-Bahn realisiert, sozial geförderte Wohnungen inklusive. Bis 2024 wird für das Gebiet am Tiefen Feld ebenfalls Baurecht geschaffen, samt Gymnasium und Wohnungen für 1.500 bis 2.000 Menschen. Ulrich stellte zudem Planungen für Radschnellwege entlang der alten



Bibertbahntrasse vor, kommend aus dem Landkreis Fürth. Eine Anregung von Anwohnern der Felsenstraße ist inzwischen umgesetzt: so kontrolliert die Polizei nun vermehrt Autos, die illegal durch die Felsenstraße fahren, um den Baustellen am Schloss Stein zu entgehen.

SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTILEN

Aus Stadtteilen und Stadtrat

LANGWASSER

Nach Brandschutzüberprüfungen wurden an fünf Hochhäusern in Neuselsbrunn mit 390 Wohnungen wegen Brandgefahr die Fassaden entfernt. Über Folgen und Auswirkungen für Gebäude wie für Bewohner will die SPD-Fraktion durch die Stadtverwaltung informiert werden, so ein Antrag. Wer auf den Kosten für die Sanierung sitzt bleibt, werden wohl Gerichte klären müssen. Wohnungseigentümern und Mietern, die nun ohne Wärmedämmung überwintern müssen, hat Oberbürgermeister Ulrich Maly Hilfen zugesagt.

GOSTENHOF, STEINBÜHL, ALTSTADT

Die SPD Nürnberg, die SPD-Stadtratsfraktion und die SPD-Gostenhof sind empört über die verkündete Schließung des Marktkaufs Am Plärrer und solidarisieren sich mit dessen rund 90 Beschäftigten. Die SPD fordert deshalb die Konzernleitung auf, ihrer unternehmerischen Verantwortung gerecht zu werden und die Beschäftigten nicht im Regen stehen zu lassen. Die Stadtverwaltung soll über die weitere Nutzung des Marktkaufs und die Perspektiven für die Beschäftigten berichten, lautet ein Antrag der Rathaus-SPD.

NACHHOLUNG MITTELSCHUL-ABSCHLUSS

Das Bildungszentrum Nürnberg bietet mit den Angeboten im Bereich „Zweite Chance“ jungen Menschen

und Erwachsenen, die ihre Schulpflicht bereits erfüllt haben, die Möglichkeit an, Schulabschlüsse nachzuholen – vom erfolgreichen Abschluss der Mittelschule bis hin zum mittleren Schulabschluss an

schule ist eine große Lücke bei den Spielflächen für Kinder in der Umgebung entstanden. Per Antrag wollen deshalb die Gostenhofer Stadträtinnen Yasemin Yilmaz und Eva Bär eine zügige Sanierung und Wiedereröffnung des Spielhofs erreichen.



der Mittelschule. Da die Nachfrage dafür stark gestiegen ist, fragt die SPD in einem Antrag nach, wie gegebenenfalls das Kursangebot ausgeweitet werden kann.

GOSTENHOF: PETRA-KELLY-PLATZ/ SPIELHOF KNAUERSCHULE

Der Verkehr am Petra-Kelly-Platz, vor allem der Durchgangsverkehr zwischen Frankenschnellweg und Plärrer, hat deutlich zugenommen und gefährdet zusammen mit verboten geparkten Fahrzeugen Grundschul-kinder auf ihrem Schulweg in die Knauerschule. Deshalb fordert die SPD-Fraktion mit den Grünen, dass die Verwaltung bereits im Sommer entwickelte Lösungen im Stadtrat zum Beschluss vorlegt. / Durch die Sperrung des Spielhofs der Knauer-

berichten.

MEHR BÜRGERKOMMUNIKATION MIT NEBENAN.DE

Die Stadt Nürnberg nutzt jetzt das digitale Nachbarschaftsnetzwerk nebenan.de und schlägt damit einen zusätzlichen Weg der Bürgerkommunikation ein. In einem gemeinsamen Pilotprojekt mit der bundesweiten Plattform bespielt ein Redaktionsteam unter Leitung des Presse- und Informationsamts zunächst 20 ausgewählte Stadtteile mit Inhalten von lokaler, aber auch gesamtstädtischer Bedeutung. Ziel ist es, den Informationsaustausch mit der Bürgerschaft zu verbessern und das lokale Engagement zu stärken.

Was bringt 2019?

Ausblick auf die zentralen Vorhaben der Bundespartei

VON GABRIELA HEINRICH, MdB

Für uns als SPD bringt das neue Jahr hoffentlich den Erfolg zurück. Wir haben in diesem Jahr viel geleistet. Das müssen wir auch sagen. Sonst glauben die Menschen, es sei vom Himmel gefallen, dass jetzt die Verbraucherzentrale VW wegen der Schummelsoftware in Deutschland verklagen kann. Das liegt an der Musterfeststellungsklage, die wir in der Regierung durchgesetzt haben! Ich möchte aber nicht nur zurückblicken, sondern vor allem nach vorne. Was steht also an für 2019? Hier nur einige unserer Vorhaben:

- Zusammen mit Frankreich will Olaf Scholz im kommenden Jahr die Digitalsteuer voranbringen, um Internetgiganten wie Google zu erreichen. Gibt es keine internationale Lösung, haben sich Frankreich und Deutschland auf eine europäische Lösung geeinigt, die wir Anfang nächsten Jahres einleiten wollen. Ebenfalls zusammen mit Frankreich haben wir die Initiative gestartet, um endlich eine Finanztransaktionssteuer in der EU durchzusetzen.

- Anders als die Grünen in den Jamaika-Sondierungen hat die SPD ein Klimaschutzgesetz durchgesetzt. Damit werden wir den Klimaschutz erstmals gesetzlich in Deutschland regeln – auch um sicherzustellen, dass wir künftig die Klimaziele erreichen. Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen zudem den Braunkohle-Ausstieg durchgesetzt. Im kommenden Jahr geht es nicht um das ob, sondern um das wie und wann. Bei Jamaika gab es übrigens keine Einigung darauf, aus der Kohle auszusteigen.

- Mit einer Grundrente wollen wir dafür sorgen, dass diejenigen, die 35 Jahre lang eingezahlt haben, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt



haben, im Alter nicht von Sozialhilfe leben müssen.

- Bis zur Sommerpause 2019 soll das Bundeskabinett eine massive Einschränkung der sachgrundlosen Befristung und von Kettenbefristungen beschließen.

- Mit dem Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz wird sich Deutschland der Tatsache stellen, dass wir seit langem ein Einwanderungsland sind und endlich Erwerbsmigration umfassend regeln.

- Wir brauchen den Digitalpakt. Im Sinne der Schülerinnen und Schüler brauchen wir eine Einigung im Vermittlungsausschuss, damit die Länder der vom Bundestag bereits beschlossenen Grundgesetzänderung zustimmen. Dann kann der Bund fünf Milli-

arden Euro in die Schulen investieren, um sie digital aufzurüsten.

Übrigens: Zum 1. Januar 2019 tritt viel SPD in Kraft: Geringere Krankenkassenbeiträge, die wieder zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch getragen werden, die Brückenteilzeit vor allem für Frauen, Milliarden für Weiterbildungszuschüsse zugunsten der Beschäftigten. Für kleine Selbstständige, die wenig verdienen, halbiert sich der bisher absurd hohe Krankenkassenbeitrag. Das „Sofortprogramm Pflege“ beginnt. Nicht zuletzt startet der Soziale Arbeitsmarkt mit Lohnkostenzuschüssen für Langzeitarbeitslose. Ich finde, das kann sich sehen lassen...

Ich wünsche Euch allen ein gutes neues Jahr! ■

Nürnberg
SPD

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Michael Arnold
Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss,
Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer
dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.
Auflage: 5.500 Exemplare

Schluss mit Lkw-Parkern in Wohnvierteln

Lkw-Parker mit mehr als 3,5 Tonnen aus Wohnvierteln in deutschen Großstädten verbannen

VON ARIF TAŞDELEN, MdL

Angesichts wachsender Klagen über parkende Lkw in Wohnvierteln will der Nürnberger Landtagsabgeordnete Arif Tasdelen (SPD) die Straßenverkehrsordnung (StVO) dahingehend ändern, dass künftig nur noch Kraftfahrzeuge bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 3,5 Tonnen in Wohngebieten in Städten mit mehr als 100 000

gel. Zudem bedeuten Lkws direkt vor der Haustür auch immer mehr Lärm, schlechtere Luft und unübersichtlichere Straßen, dagegen müssen wir etwas tun.“

Das Bayerische Innenministerium teilte im August 2017 mit, dass eine Begrenzung der Gesamtmasse von 7,5 auf 3,5 Tonnen vor allem in großen Städten Unterstützung findet, in anderen Bereichen hingegen als

nicht erforderlich angesehen wird. Deshalb setzt sich Tasdelen nun dafür ein, dass die Änderung der StVO nur für Großstädte ab 100 000 Einwohnern gilt: „Das Innenministerium hat ja eingeräumt, dass es ein Großstadtproblem ist. Dann brauchen wir auch eine Regelung, um dieses Problem in den Großstädten in den Griff zu bekommen, anstatt jegliche Änderung pauschal abzulehnen.“



Einwohnern parken dürfen. Derzeit liegt die Grenze laut StVO bei 7,5 Tonnen und gilt für alle geschlossenen Ortschaften.

Tasdelen fordert in einem Antrag, dass sich die Bayerische Staatsregierung beim Bund für eine Änderung der StVO einsetzt. Hierfür soll sie in den Bundesrat eine Gesetzesinitiative einbringen.

Zu seinem Vorstoß erklärt Tasdelen: „Die Anwohner ärgern sich über die Lkw-Parker, was sehr gut nachvollziehbar ist. In Wohngebieten herrscht ohnehin Parkplatzman-

Von Kritikern ist manchmal zu hören, dass flächendeckende Polizeikontrollen nicht möglich seien. Das hält Tasdelen für eine Ausrede: „Wer selbst schon mal ein Parkverbot missachtet hat, weiß sehr genau, dass man auch schon nach zehn Minuten Falschparken mit einem Strafzettel rechnen muss.“ Durch eine Änderung der StVO bekämen die Polizistinnen und Polizisten sowie die Beschäftigten des Zweckverbands Kommunale Verkehrsüberwachung immerhin die Möglichkeit, gegen parkende Lkw in Wohngebieten vorzugehen. ■

Termine

08.01.2019 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19 Uhr, Karl-Bröger-
Zentrum (Karl-Bröger-Str. 9)

08.01.2019 - 19:30 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Jahreshauptversammlung
(mit Wahlen), SIGENA,
Plauener Str. 7

08.01.2019 - 19:30 Uhr
SPD Reichelsdorf-Mühlhof:
Mitgliederversammlung
Sportgaststätte
SV Reichelsdorf

13.01.2019, 10:30 Uhr
SPD Boxdorf, Großgründ-
lach und Neunhof: Gemein-
samer Jahresempfang
mit Baureferent Daniel Ul-
rich, kath. Gemeindezent-
rum St. Hedwig, Am Pfarr-
baum 10

16.01.2019, 19:00 Uhr
SPD Gibitzenhof-Steinbühl:
Sitzung
Karl-Bröger-Zentrum Nürn-
berg, Raum Riepekoel

15.01.2019 - 19:30 Uhr
SPD Leonhard/Schweinau:
Jahreshauptversammlung
mit Neuwahlen, Restaurant
Sarajevo, Schwabacher
Str. 53

16.01.2019 - 19:00 Uhr
AK Umwelt: Sitzung
Käte-Strobel-Saal,
Karl-Bröger-Zentrum,
Karl-Bröger-Straße 9

Max Süßheim – Streichers größter Gegner

VON KERSTIN GARDILL

Es gibt Menschen beziehungsweise Lebenswege - hätte sie ein Schriftsteller zum Gegenstand eines Romans gemacht, so würde sich der ein oder andere Leser denken, das Ganze sei vielleicht doch etwas zu dick aufgetragen. Der Nürnberger Sozialdemokrat Max Süßheim hatte so eine außergewöhnliche Lebensgeschichte.

Der 1876 in Nürnberg geborene Süßheim, seines Zeichens zweifach promoviert (Jura und Geisteswissenschaften), Sozialdemokrat und Jude, Landtagsabgeordneter (1907 bis 1920) und Nürnberger Stadtrat (1914 bis 1933) hatte so eine außergewöhnliche Lebensgeschichte. Sein Lebensweg ist derart eng verknüpft mit der Geschichte unserer Stadt, mit der Geschichte Bayerns und letztendlich mit der Geschichte des ganzen Landes – in seiner Person bündelt sich die Geschichte des Ersten Weltkriegs, der Revolution, der Weimarer Republik und die der nationalsozialistischen Hetze wie im einem Brennglas:

Der überzeugte Kriegsgegner arbeitete während des Ersten Weltkrieges zusammen mit seinem Landtagskollegen Auer an einer neuen Bayerischen Verfassung. Er hielt mehrere Anti-Kriegsreden, unter anderem im vollbesetzten Nürnberger Hercules-Velodrom und er war der Sprecher der Arbeiter- und Soldatenräte, die sich nach Ende des Ersten Weltkrieges auch in Nürnberg gebildet hatten.

Süßheim wurde durch diese Sprecherrolle für die Nationalsozialisten zum Gesicht der „Nürnberger Dolchstoßlegende“. Streichers Hetzblatt der Stürmer diffamierte ihn deswegen immer wieder – unter anderem mit üblen Karikaturen. Als der liberale Oberbürgermeister Hermann Luppe sich dazu entschloss gegen den mit seiner „Liste Streicher“ in den Nürnberger Stadtrat

eingezogenen „Frankenführer“ Julius Streicher zu prozessieren, weil dieser ihn immer wieder auf unerträgliche Weise verleumdet hatte, entschied Luppe, sich dafür von Max Süßheim anwaltlich vertreten zu lassen. Die zwei Prozesse, die 1924 und 1925 ausgerechnet im Saal 600, dem späteren Schauplatz der weltberühmten Kriegsverbrecherprozesse stattgefunden haben und dort Adolf Hitler höchstper-

nete diese Stadtratssitzung mit einer Gedenkminute für Süßheim – die Vertreter der „Liste Streicher“ verließen aus Protest die Sitzung. Die Trauerrede bei Süßheims Beerdigung war Luppes letzte Amtshandlung als Oberbürgermeister. „Er starb zur rechten Zeit“, so die Worte Luppes. Damit mag er wohl recht behalten haben, denn Süßheims Sozium in der Kanzlei, Albert Rosenfelder wurde direkt nach der Macht-



Gruppenfoto (v. l. n. r.: unbekannt, Martin Treu, Ernst Schnepfenhorst, Helene Grünberg, unbekannt, Max Süßheim, unbekannt, unbekannt. Quelle: SPD-Fraktion Nürnberg, Nachlass Robert Müller)

sönlich auf dem Zeugenstuhl Platz nahm, rückten Süßheim immer weiter in den Fokus der Nazis. Es gab kaum eine Ausgabe des „Stürmers“ mehr, ohne die übelsten Beschimpfungen.

Die Tatsache, dass Süßheim Julius Streicher für mehrere Wochen hinter Gitter brachte, machte ihn zum personalisierten Hassobjekt der Nationalsozialisten. Süßheim verstarb bei einem Spaziergang am Tag, an dem der demokratisch gewählte Nürnberger Stadtrat das letzte Mal tagen sollte, bevor die Nazis am neunten März, acht Tage nach Süßheims Tod, ihre Hakenkreuz Flagge am Nürnberger Rathaus aufzogen. Oberbürgermeister Luppe eröff-

übernahme nach Dachau gebracht und dort 1933 oder 1934 ermordet. Süßheims Frau Hedwig, die noch mehrere Hausdurchsuchungen durch die Nazis über sich ergehen lassen musste, nahm sich nach der Reichspogromnacht am 10. November 1938 das Leben.

Wer sich näher über das Leben von Max Süßheim informieren möchte:

Gardill, Kerstin: Max Süßheim: Streichers größter Gegner, in: Die Süßheims. Unternehmer. Politiker. Wissenschaftler. Sammler, hrsg. v. Michael Diefenbacher, Stadtarchiv Nürnberg, Nürnberg 2018, S. 209 – 233. ■

„Jusos unterwegs“ – im Gespräch mit der jüdischen Gemeinde in Nürnberg

VON OĞUZ AKMAN

Die Jusos sind dafür bekannt, sich den ganz großen Themen anzunehmen, ganz egal welche Ebene sie betreffen. Auf kommunaler Ebene versuchen wir, uns alle zwei bis drei Monate mit den Juso-Stadträt*innen Nasser Ahmed und Yasemin Yilmaz Input über kommunalpolitische Themen einzuholen. Uns ist es wichtig, nicht nur in der eigenen „Juso-Suppe“ zu kochen, ergo in den Sitzungen über kommunalpolitische Themen zu reden, sondern uns auch mit der Stadtgesellschaft auszutauschen. Dabei geht es uns nicht nur darum, mit den diversen Gruppen ins Gespräch zu kommen, sondern auch politische Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.

Für mich persönlich gab es keine andere Gruppe in Nürnberg, mit der ich lieber ins Gespräch kommen wollte, als mit der israelitischen Kultusgemeinde (IKGN) in Nürnberg. Es gab einfach viele Fragen, die man als außenstehende Person hat. Wie erleben Jüd*innen die aktuelle politische Stimmung in Deutschland und in Nürnberg? Wie sieht es mit Antisemitismus aus? Wie geht die Gemeinde damit um? Das alles waren Fragen, deren Antworten man natürlich aus den unterschiedlichsten Interviews und Reportagen herausfinden kann; sie kratzen aber an der Oberfläche der Thematik der Situation der Jüd*innen in Nürnberg, Deutschland, Europa und der Welt.

Dass jüdische Gemeinden aufgrund der aktuellen, politischen Lage besondere Sicherheitsvorkehrungen treffen müssen, damit die Sicherheit der Gemeinde gewährleistet ist, ist allen bekannt und leider traurige Re-

alität. Die Sicherheitsvorkehrungen vor Ort mit eigenen Augen zu sehen, trifft einen dann doch härter als gedacht. Traurig, dass irgendeine Gemeinde im Deutschland des 21. Jahrhunderts solch strenge Sicherheitsvorkehrungen treffen muss.

Bewundernswert ist die Offenheit der jüdischen Gemeinde in Nürnberg allemal. Jede Glaubensrichtung ist willkommen. Im Pflegeheim, das die IGKN betreibt, arbeiten Menschen muslimischen Glaubens, Christ*innen bekommen auf Wunsch einen Gottesdienst organisiert und die muslimische Gemeinde, mit denen die IKGN im engen Austausch steht, bekommt Räumlichkeiten um beten zu können.



Eine der vielen Fragen, die wir während unseres Gesprächs mit der IKGN hatten, war: „was können wir also tun, um die Situation der Jüd*innen in Nürnberg und in Deutschland zu verbessern?“ Nach Jo-Achim Hamburger, dem

Vorsitzenden der IKGN, sollte die Politik nicht immer nur im Zusammenhang mit der NS-Zeit an Jüd*innen denken. Die Politik muss anfangen sich Gedanken um die Gegenwart und die Zukunft der Jüd*innen in Deutschland zu machen. Ein Appell, den die Jusos Nürnberg mitgenommen haben und der einen definitiv zum Nachdenken bringt.

Es war ein sehr interessanter und vor allem lehrreicher Nachmittag, den wir bei der IKGN verbringen durften. Wir bedanken uns bei Jo-Achim Hamburger und unserer Stadträtin Diana Liberova für den offenen und ehrlichen Austausch und freuen uns auf zukünftige Gespräche! ■

Termine

22.01.2019 - 17:00 Uhr
Mieterbüro der SPD
Nürnberg: Sprechstunde
bis 19 Uhr, Karl-Bröger-
Zentrum (Karl-Bröger-Str. 9)

22.01.2019 - 19:00 Uhr
SPD Fischbach:
Jahreshauptversammlung
mit Neuwahlen, Gaststätte
TSV Altenfurt, Wohlaue-
r Straße 16

22.01.2019, 19:00 Uhr
Zabo SPD:
Jahreshauptversammlung
mit Wahlen
Gasthaus Heidekrug

23.01.2019, 19:30 Uhr
SPD Hummelstein:
Aktiventreff
Wirtshaus Galvani,
Galvanistr. 10

23.01.2019 - 19:00 Uhr
SPD Gebersdorf/Großreuth
und SPD Eibach/Röthen-
bach/Maiach: Gemein-
samer Neujahrsempfang
mit einem interessanten
politisch-künstlerischem
Programm, Kinder- und
Jugendhaus „SUSPECT“,
Am Röthenbacher
Landgraben 61

26.01.2019, 10:00 Uhr
SPD Hummelstein:
Infostand
Gugel-/ Ecke Siemensstr.

01.02.2019 - 19:00 Uhr
SPD Gebersdorf/Großreuth:
Jahreshauptversammlung
mit Wahlen, Bürgertreff Ge-
bersdorf, Neumühlweg 2

Eine Bank für die Noris-Inklusion

VON LIA SOMMER

Vor über 20 Jahren haben sich Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion vorgenommen, nach dem Ausschei-

und Peter Schönlein. Trotzdem können Hildegard Wagner und ich heute wieder siebzehn Genossinnen und Genossen einladen, da neue Ehemalige dazu gekommen sind.



den einen Ehemaligentreff beziehungsweise Stammtisch zu gründen.

Mit dem Genossen Gerhard Diedler habe ich damals die Organisation übernommen. Viele sind leider schon nicht mehr unter uns, zum Beispiel Karl Stapfer, Richard Sauber, Robert Schedel, Loni Beyerlein, Willy Pröhl

Wir treffen uns zwei- bis dreimal im Jahr und tauschen uns aus. Aber wir reden und essen nicht nur gemeinsam, sondern wir haben in all den Jahren auch immer wieder Aktionen organisiert und finanziert. Zum Beispiel haben wir Inserate aufgegeben, um unsere Partei zu unterstützen, Blumenkästen und Schmuck für ei-

nen Kindergarten gespendet, in zwei Kitas Apfelbäume gepflanzt - einen im „Haus für Kinder“ in der Regenbogenstraße und einen in Krottenbach.

Zum 20jährigen Bestehen haben wir zu einer Soiree von Walter Anderle mit hochkarätigen Künstlern soziale Einrichtungen wie Lebenshilfe, Behindertenrat oder Straßenkreuzer eingeladen.

Meine Idee, heuer eine Sitzbank zu spenden, hat allen gefallen. Schnell wurde der passende Ort gefunden und nun steht die gespendete Bank in der Erlebnispflanzerei der Noris-Inklusion beim Marienberg.

Bei der Einweihung der Bank haben die Leitung - stellvertretend Gisela Ascherl - und Mitarbeiter ihre Freude zum Ausdruck gebracht. Sie haben uns bewirtet und anschließend konnten wir uns von den vielen Angeboten und Aktivitäten der Noris-Inklusion überzeugen. Es lohnt sich, die Einrichtung zu besuchen und dort einzukaufen. Wenn erst das in Arbeit befindliche Café und die Rodelbahn fertig sind, dann sollten auch Sie einen Ausflug dorthin machen. ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Februar 2019!